GSoA gefährdet Sicherheit der Schweiz : Stellungnahme zur Volksinitiative für ein Verbot von Rüstungsausfuhren

Autor(en): **Widmer, Andreas**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **81 (2006)**

Heft 6

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-715824

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

GSoA gefährdet Sicherheit der Schweiz

Stellungnahme zur Volksinitiative für ein Verbot von Rüstungsausfuhren

Mit der neuerlichen Lancierung einer Volksinitiative für ein Verbot von Rüstungsmaterialexporten führt die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ihre vor einigen Jahren an der Urne gescheiterte Salamitaktik zur Abschaffung der Armee fort. Ein Exportverbot würde das Aus für die Schweizer Rüstungsindustrie bedeuten. Und ohne minimale eigene Rüstungskapazitäten würde das neue Konzept der «Verteidigungsfähigkeit erst nach Aufwuchs» obsolet und unmöglich. Die «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenserhaltende Armee» (AWM) verurteilt die Irreführung des Volkes durch die Armeeabschaffer und sagt der gefährlichen Initiative den Kampf an.

Der Piranha IIIC könnte nicht mehr nach Belgien ausgeführt werden.

Nachdem die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) mit verschiedenen Initiativen (Abschaffungs- und Anti-Flugwaffen-, Anti-Waffenplatz-, Umverteilungs- und Halbierungsinitiativen) gescheitert ist, versucht sie nun erneut, eine «Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» zu lancieren. Die GSoA setzt damit ihre bekannte Taktik zur Armeeabschaffung in Raten fort. Sie will durch den Entzug von Ressourcen, die für die Sicherstellung einer glaubwürdigen und effizienten Sicherheitspolitik nötig sind, der Armee ihre Basis entziehen.

Andreas Widmer, Präsident AWM

Aufwuchs würde verunmöglicht

Mit dem Bundesratsentscheid vom 11. Mai 2005 wird die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee auf wenige Aufwuchskerne reduziert. Bei einer Veränderung der sicherheitspolitischen Lage müsste die Armee «aufwachsen», z.B. in Bezug auf Ausrüstung, Bewaffnung, Dienstleistungsdauer und Verteidigungsbudget. Eine *Condicio sine qua non* für das Funktionieren dieses z.T. bestrittenen Aufwuchskonzepts ist die Erhaltung einer ausreichenden schweizerischen Industriebasis mit dem entsprechenden technologischen Know-how.
Mit einem Ausfuhrverbot würde der Rüstungsindustrie die Existenzgrundlage entzogen, nachdem die Schweizer Armee um zwei Drittel geschrumpft ist. Das Aufwuchskonzept und damit die Grundlage der militärischen Landesverteidigung wäre fundamental gefährdet. Dies kann die AWM unter keinen Umständen akzeptieren.

Von ihrer Schädlichkeit abgesehen führt die GSoA-Initiative das Volk in die Irre. Die Welt wird nicht friedlicher durch die Schweizer Selbstbeschränkung. Mit dem Kriegsmaterialgesetz und dem Güterkontrollgesetz verfügt die Schweiz über ausreichende gesetzliche Grundlagen, um ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und ihre aussenpolitischen Grundsätze zu wahren, ohne dabei die für ihre Sicherheit so wichtige industrielle Kapazität preisgeben zu müssen.

Unehrliche Ziele der Initianten

Die wahren Ziele der Gruppe Schweiz ohne Armee sind klar: Ohne Rücksicht auf die mögliche Zerstörung von Tausenden von Arbeitsplätzen und Auswirkungen auf die Sicherheit der Schweiz treibt die GSoA ihre Salamitaktik zur Abschaffung der Armee voran. Weil es seit der letzten Abschaffungsinitiative erst vier Jahre her sei, lanciere die GSoA nun dieses Projekt, heisst es auf ihrer Homepage und in der GSoA-Zeitung. Und: «Die nächste Armeeabschaffungs-Initiative kommt bestimmt. Wir versprechen es!»

Schweizer vernünftig

Die AWM sagt dieser gefährlichen und unehrlichen Exportverhinderungs-Initiative den Kampf an. Diesen geht sie aber zuversichtlich an, denn das Schweizer Volk wird sich von populistischen Anliegen und verlockenden Slogans nicht irreführen lassen und hat in sicherheitspolitischen Abstimmungen wiederholt richtig und vernünftig entschieden.
Dies gilt für folgende Abstimmungen: Waffenausfuhrverbotsinitiative 1972, Rüstungsreferendumsinitiative 1987, Armeeabschaffungsinitiative 1989, F/A-18/Waffenplätze 1993, Kantonale Militärhoheit 1996, Kriegsmaterialexportverbotsinitiative 1997, Umverteilungsinitiative (Armeehalbierung) 2000, Referendum Militärgesetzrevision 2001 (Bewaffnung Auslandeinsatz), Armeeabschaffungsinitiative 2001 und Armeeabstimmung 2003. Die AWM ist überzeugt, dass das Volk auch diese schädliche und unehrliche Initiative, sollte sie überhaupt zu Stande kommen, klar ablehnen wird.

ASMZ

Aus der Juni-Nummer

- Auslandeinsätze
- Air Power 2006 Einsätze
- Defense Review Report